

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Kerstin Celina

Abg. Markus Plenk

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Susann Enders

Staatsminister Klaus Holetschek

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Impfbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger nicht länger ausbremsen - inklusive Aufklärungskampagne starten! (Drs. 18/12461)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Impfpriorisierung anpassen und gezielte Impfkampagne auflegen (Drs. 18/12485)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Kampf gegen Corona: Impfstoffversorgung sicherstellen / Impfbereitschaft steigern / Intensivierung der Impfkampagne zu COVID-19 und aufsuchende Impfberatung in Pflegeheimen (Drs. 18/12486)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Corona-Impfungen barrierefrei ermöglichen (Drs. 18/12487)

Die Aussprache ist eröffnet. Ich erteile Frau Kollegin Kerstin Celina, das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Gestern hat die Staatsregierung deutliche Kritik an der Impfpolitik geübt und

die Schuld für das langsame Impfen der EU und der Bundesregierung zugeschoben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich das gelesen habe, ist mir der Kragen geplatzt. Mit dem Finger auf andere zeigen, das können Sie; aber die eigene bayerische Impfkampagne und die eigene bayerische Impfororganisation einmal selbstkritisch betrachten und zugeben, dass sie einfach grottenschlecht ist und an den Zielgruppen so was von vorbeigeplant ist, das können Sie offensichtlich nicht. Daran sollten Sie einmal intensiv Selbstkritik üben.

"Bayern krempelt die Ärmel hoch", diese Bilderkampagne, ist alles, was Ihnen einfällt; aber wie sollen denn die Gehörlosen und die Schwerhörigen, die Älteren, die Menschen, die mit kognitiven Einschränkungen leben, oder jene, die überwiegend in anderen Sprachen kommunizieren, erreicht werden, wenn Sie von der Staatsregierung es nicht für nötig halten, sie adäquat anzusprechen?

Fangen Sie doch endlich an, Informationen grundsätzlich in Leichter Sprache, in Deutscher Gebärdensprache sowie in mehreren Fremdsprachen bereitzustellen und über vielfältige Kanäle und Plattformen, wie zum Beispiel soziale Netzwerke, Websites, Chatsysteme, Telefon-Hotlines, Plakate, Handreichungen für Hausärzte, ambulante Pflegedienste, Apotheken etc., zur Verfügung zu stellen.

Wir sind im Jahr acht von zehn Jahren, in denen "Bayern barrierefrei 2023" im gesamten öffentlichen Raum umgesetzt werden soll, und Aufklärung über Corona und Zugang zu Impfungen – das ist öffentlicher Raum in reinster Form, und es ist Aufgabe Ihrer bayerischen Regierung, diesen endlich barrierefrei zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es spannend, dass von der Regierung, glaube ich, niemand da ist, um sich das heute – – Doch, genau; schön, Sie zu sehen!

(Zuruf)

– Genau, wunderbar! Ich spreche Sie auch gleich noch direkt an. – Von Ihnen, von der Regierung, kommt nämlich fast nichts. Sie sind sich des Problems nicht einmal bewusst. Sie haben heute, ein Jahr nach Corona, noch immer keine Präsenzdolmetscher, um Ihre Regierungserklärung, in der Sie Menschen in Bayern informieren, zeitgleich und einfach den Menschen, die in Gebärdensprache kommunizieren, zugänglich zu machen, und Sie merken nicht einmal, dass Sie die Gehörlosen und die schwerhörigen Menschen bei der Impfregistrierung und der Aufklärung völlig übergehen. Ebenso übergehen Sie die Menschen, die nicht gut Bairisch sprechen, vollkommen.

Dabei gibt es Lösungen. Es gibt Gebärdendolmetscher*innen, technische Unterstützungssysteme zum Telefonieren und vieles mehr, und es ist Ihre Aufgabe und Ihre Pflicht, sich darum zu kümmern, dass Menschen mit Behinderung gleichzeitig und zielgruppenspezifisch informiert werden, und nicht nur auszugsweise und viel später, wie es jetzt der Fall ist.

Frau Trautner – sie ist nicht hier, aber vielleicht hört sie mich irgendwo im Cyberspace –, Sie sind Sozialministerin. Sie haben die Aufgabe, Menschen mit Behinderung und Einschränkungen zu vertreten. Hauen Sie in der nächsten Kabinettsitzung einmal kräftig auf den Tisch, recken Sie die Faust vor dem Laptop und erinnern Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ressorts, insbesondere im Gesundheitsressort, daran, dass sie gefälligst Menschen mit Behinderung in ihre Planung einbeziehen sollen, und zwar von Anfang an.

Herr Holetschek, hat Ihr Ministerium in der gesamten Corona-Zeit schon einmal daran gedacht, den Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung und die Verbände für Menschen mit Behinderung im Vorfeld einzubeziehen, um barrierefreie Information und barrierefreie Zugänge zur Impfung von vorn bis hinten in den gesamten Prozess einzubinden? Herr Holetschek, schauen Sie sich doch einmal Ihre eigene Website an, die Website des Gesundheitsministeriums: Wie wenige Beiträge sind in

Gebärdensprache oder in Leichter Sprache zu finden! Ich glaube, Sie verkennen komplett die Dimension, die Ihr Nichthandeln hat.

Ein Beispiel: Ihre Website beginnt mit dem Topthema "FFP2-Masken für Bedürftige". Warum ist es Ihnen trotz "Bayern barrierefrei" immer noch nicht in den Sinn gekommen, solch eine aktuelle Info gleichzeitig in Gebärdensprache und leichter Sprache aufzusetzen? Ist Ihnen bekannt, dass nicht jeder und jede in unserem schönen Bayern lange Texte in Behördensprache lesen und verstehen wird? Damit öffnen Sie doch Tür und Tor für Fake News; die sind nämlich einfacher und schneller, sie kommen bei den Zielgruppen an und werden zigfach geteilt.

Nun komme ich wieder zum Anfang meiner Rede. Sie kritisieren die mangelnde Bereitstellung des Impfstoffs bei anderen. Dabei demotivieren und frustrieren Sie so viele in allem, was zur Impfstrategie dazugehört. Diese Menschen geben auf – sie haben es schon längst aufgegeben –, Ihr Ministerium und diese Regierung als Partner zu sehen; statt Teilhabe nach vorn zu bringen, gehen Sie in diesem Bereich täglich rückwärts, und das ist zum Fremdschämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen noch ein Beispiel: der Info-Film zum Impfzentrum, der nach Weihnachten endlich auf Ihrer Website veröffentlicht wurde. Ich habe ihn sofort geteilt, und zwar mit dem Link zum Ministerium, zu einer seriösen Informationsquelle, das war mir wichtig; und obwohl ich nur ein kleines Licht im Landtag bin, Oppositionspolitikerin mit nicht einmal 2.500 Abonnenten auf Facebook, wurde dieser Beitrag mit einem langweiligen Bild 67 Mal geteilt, und zwar ohne bezahlte Werbung. Die Menschen wollen Informationen, und was könnten Sie als Minister und als Regierung für eine enorme Durchschlagskraft bekommen, wenn Sie sich nur annähernd darum kümmern würden, Menschen mit Einschränkungen zielgruppenspezifisch und permanent zu adressieren! Dass Sie dies nicht tun, ärgert mich maßlos, denn der Hunger nach Informationen ist da, aber Sie überlassen das Feld kampflös den Fake-News-Verkündern.

Die Impfregistrierung ist genauso katastrophal. Statt Seniorinnen und Senioren Registrierungen auf drei Wegen zu eröffnen – nämlich online, telefonisch und postalisch –, gibt es nur online mit eigener E-Mail-Adresse. Sie sind damit Lichtjahre von der Lebenswelt selbstständig lebender älterer Menschen entfernt, die acht Jahrzehnte lang ohne eigene E-Mail-Adresse zurechtgekommen sind und die Sie nun zu Bittstellern degradieren.

Apropos Seniorinnen und Senioren adäquat ansprechen: Auf Ihrer Website des Gesundheitsministeriums hatten Sie bis vor Kurzem eine FAQ-Frage veröffentlicht, die unsere Senioren und Seniorinnen als "die alten Leute" bezeichnet hat. – Was ist denn das für ein Stil? Wie reden Sie denn über unsere älteren Mitbürger*innen?

Auf meine Schriftliche Anfrage, die ich vor einer Woche eingereicht habe und die genau diesen Punkt aufgelistet hat, haben Sie immerhin in diesem Punkt schon nachgebessert und die Fragen generell umformuliert. Jetzt heißt es "ältere Bürgerinnen und Bürger". Damit diese aber die Ärmel hochkrempeln, um geimpft zu werden, müssen Sie noch eine Menge mehr tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Celina, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, denn es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Celina, aktuell weiß man ja noch nichts über die Spätfolgen einer Impfung, man kann sie jetzt auch noch gar nicht kennen. Außerdem ist nicht klar, ob Geimpfte weiterhin infektiös sein können. Meine Frage ist: Was müsste Ihrer Meinung nach Teil der Aufklärungskampagne sein? Die Menschen darüber zu informieren, dass dann COVID-19 möglicherweise milder verläuft, kann es ja nicht sein; dann müssten Sie über Risiken und Nebenwirkungen aufklären. Was wäre das Ihrer Meinung nach?

Kerstin Celina (GRÜNE): Ich gebe Ihnen einmal einen Tipp: Googeln Sie einmal auf seriösen Medien, nämlich auf BR.

(Heiterkeit)

Dort steht heute ein Bericht über die Verlängerung des Lockdowns. In einem kleinen Tweet zwischendrin steht das Rechenbeispiel für die Impfmutationen, und dort steht, wie viele Todesfälle wir zu erwarten haben, wenn die Impfmutationen so kommen; und dann reden wir weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Celina. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Nur "Bayern krempelt die Ärmel hoch" allein reicht nicht. Wir benötigen, wie das in dem Antrag der GRÜNEN und in unserem Antrag beschrieben ist, barrierefreie Informationen für alle Bevölkerungsgruppen. Im Positionspapier des Deutschen Hausärzteverbandes vom 21. Januar 2021 "Impfen in Hausarztpraxen" ist unter anderem aufgeführt, dass die Bevölkerung umfangreich über alle verfügbaren Medien in für die Zielgruppen angemessener Art und Weise sowohl über die Funktionsweise als auch über die Risiken der Impfung informiert werden muss. Soweit zur Impfkampagne.

Was mich aber viel mehr umtreibt, das ist das Thema Impfpriorisierung. Die aktuell gültige Impfverordnung sieht die Hochrisikopatienten im häuslichen Umfeld nicht in der höchsten Prioritätsstufe. Menschen mit seltenen und schweren Vorerkrankungen, für die bisher zwar keine ausreichende wissenschaftliche Evidenz bezüglich des Verlaufs einer COVID-19-Erkrankung vorliegt, bei denen jedoch von einer erhöhten Mortalität im Falle einer COVID-19-Erkrankung auszugehen ist, sollten hochgestuft werden. Das gilt zum Beispiel für Menschen mit neuromuskulären Erkrankungen, vorausgegangen-

nem Schlaganfall, pflegebedürftiger Körperbehinderung oder Immunsuppression, um nur einige zu nennen. Der Schutz von Hochrisikogruppen muss durch eine prioritäre Impfung erfolgen, die ebenso die pflegenden Angehörigen und die Assistenzkräfte einbezieht, die die Pflege und die Betreuung in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Darüber hinaus sind aufgrund der derzeit nicht möglichen Impfung von pflegebedürftigen Kindern deren direkte Bezugspersonen bevorzugt zu impfen.

Die Ständige Impfkommission – STIKO – hat inzwischen in ihrer ersten Aktualisierung der COVID-19-Impfempfehlung ergänzt, für welche Gruppen sie eine generelle Öffnung vorsieht. Demnach gibt es Situationen, in denen nach individueller Indikationsstellung eine Impfung erfolgen soll. Es obliegt den für die Umsetzung der Impfung Verantwortlichen, einzelne Personen oder Gruppen, die nicht explizit genannt sind, in die Priorisierungskategorien einzuordnen. Die STIKO hat zwar mit der Präzisierung der Risikogruppen einen Schritt in die richtige Richtung vollzogen, die entsprechende Umsetzung in der Corona-Impfverordnung fehlt allerdings weiterhin. Wir können heute für die Betroffenen Klarheit schaffen und die Impfpriorisierung im Sinne der Hochrisikogruppen nachschärfen. Es ist zwingend erforderlich, Impfungen für diese Gruppen und ihre direkten Bezugspersonen zeitnah zu ermöglichen. Helfen Sie diesen Menschen, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Für die CSU-Fraktion hat nun Frau Kollegin Dr. Beate Merk das Wort.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Heute haben wir diesen Jahrestag, und ich denke, statt gemeinsam gegen Corona zu kämpfen, haben wir in vielen Reden wieder massivste Angriffe gehört und teilweise auch eine Aggression, die es weiß Gott nicht braucht. Ich bin dann immer ganz dankbar, wenn es zwischendrin auch ein paar sachliche und fachliche Erklärungen der anderen Parteien gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, manchmal glaube ich, die hervorragende Rede, die unser Gesundheitsminister heute als Regierungserklärung hier im Hohen Haus gehalten hat, ist nicht von allen richtig gehört worden. Sonst würde man doch feststellen, was er heute alles gesagt hat, und merken, dass viele Forderungen in den Anträgen, die wir jetzt erörtern, in dieser Erklärung enthalten waren. Er wird das tun, er wird das umsetzen.

(Unruhe)

Impfen ist die einzige Maßnahme, die wirklich hilft, damit wir die Pandemie eindämmen können, damit wir die Menschen schützen können. Sie ist eine Perspektive auf ein wieder freieres Leben. Deswegen ist das Impfen für alle Parteien hier im Haus so wichtig. Die Bayerische Impfstrategie ist alles andere als danebengegangen. Wir haben hundert Impfzentren, und ich bitte Sie, schauen Sie sich diese Impfzentren an, schauen Sie, wie sie räumlich, sprachlich und personell auf die unterschiedlichsten Zielgruppen eingestellt sind. Sprechen Sie mit den Landräten, sprechen Sie mit denen, die vor Ort arbeiten. Sie werden sehen, dass manches anders ist, als Sie es hier darstellen. Die Impfung ist für die Menschen eine wichtige und auch eine aufregende Erfahrung. Deshalb werden sie in den Impfzentren auch ganz besonders behandelt. Das gilt für alle Menschen. Das gilt für die Menschen, die hörgeschädigt sind, genauso wie für die, die sich insgesamt mit dem Hören schwertun. Leichte Sprache, Deutsche Gebärdensprache, all das sind Themen, die unser Minister heute aufgegriffen hat. Er hat gesagt: Ja, wir werden uns damit noch weiter befassen. – Es ist nicht das erste Mal, dass man sich damit befasst hat. Wenn Sie es sich anschauen, dann werden Sie feststellen, es gibt eine ganze Menge von Möglichkeiten, damit Menschen in Gebärdensprache informiert werden bzw. dass sie über die Telefonnummer 116 117 in Leichter Sprache informiert werden. Genauso wichtig ist es aber, die Menschen, die fachliche Kenntnisse haben, fachlich intensiver zu informieren. Es ist ein ganz breites Spektrum, und dieses ganz breite Spektrum greift der Minister auf, um mit allen zu

sprechen. Das ist die Informations- und Aufklärungskampagne, von der er gesprochen hat.

Wir werden, und das ist in unserem Antrag enthalten, eine wissenschaftliche Begleitung und Klärung in der Frage haben, ob Geimpfte das Virus weitergeben. Wir werden uns auch darum kümmern, dass Menschen, die nicht mobil genug sind, zu den Impfzentren kommen können, indem sie dafür ein Fahrzeug bekommen – nach unserer Ansicht auf Kosten des Bundes-, bzw. dass Ärzte zu ihnen kommen. Wir werden uns auch massiv dafür einsetzen, was Sie so bagatellisieren, dass wir nämlich mehr Impfstoffe bekommen und dass diejenigen, die uns bzw. der Europäischen Union etwas versprochen haben, die Verträge einhalten. Pacta sunt servanda – das heißt: Wenn ich mich verpflichtet habe, etwas zu liefern, dann muss ich das auch liefern. Darum werden wir uns bemühen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Lösung für das ganz große Problem, mit dem wir uns momentan auseinandersetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie zu verstehen, dass es jetzt darum geht, wirklich mit Ruhe, mit Sachlichkeit und mit Vernunft in einer extrem schwierigen Zeit auf die Bevölkerung zuzugehen. Das alles hat uns der Minister heute deutlich gemacht. Aufsuchende Information durch mobile Ärzteteams in Pflegeheimen und Einrichtungen ist ein weiterer wichtiger Punkt, den er angesprochen hat und den wir in unserem Antrag auch noch einmal deutlich unterstreichen. Das ist es, was wir brauchen: Die Menschen, die im Pflegeheim sind, müssen wir eben auch mit Informationen versorgen und ihnen deutlich machen, was es für sie bedeutet, wenn ein Impfteam kommt. Sie können sich dann zu einer Impfung bereit erklären oder, wenn sie das gar nicht wollen, eben auch nicht.

Meines Erachtens sind das die Themen, die wir haben, nämlich die Menschen ernst zu nehmen, für sie da zu sein, ihnen die Möglichkeit zur Impfung so schnell wie mög-

lich zu geben, aber nicht darüber zu streiten. In diesem Sinne sage ich: Wir werden unseren Antrag in den Mittelpunkt stellen und bitten Sie um Unterstützung. Die Anträge der anderen Fraktionen werden wir nicht mittragen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Dr. Merk. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Herrn Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Dr. Merk, Sie fordern Mäßigung in der Debatte. Sie haben den neuen Gesundheitsminister Holetschek hier explizit für seine Rede gelobt. Inhaltlich gesehen schafft Ihre Staatsregierung es aber seit über zehn Monaten nicht, die Alten und die Risikogruppen anständig zu schützen. Jetzt sollen auch noch die Kinder geimpft werden, und das sind, wie ich gerade in einem Artikel der "Welt" lese, diejenigen, die am wenigsten gefährdet sind, die unter diesen ganzen Maßnahmen aber am stärksten leiden. Für mich passt das nicht zusammen. Der Gesundheitsminister hat heute gesagt, wir bräuchten, ich zitiere, "radikale" Maßnahmen. Wie passt das denn mit Ihrer Forderung nach einer Mäßigung im Ton dieser Debatte zusammen?

(Unruhe)

Dr. Beate Merk (CSU): Wenn Sie zitieren, sollten Sie das umfassend tun und insgesamt. Das haben Sie nicht getan, und das wissen Sie auch. Wir haben uns ganz klar hinter die Entscheidung des Bundes zur Priorisierung gestellt. Wir werden das allerdings kritisch verfolgen, auch das können Sie der Rede des Ministers entnehmen, zum Beispiel für diejenigen, die Herr Kollege Spitzer gerade genannt hat, nämlich für die Menschen, die an seltenen Krankheiten leiden. Wir werden den Dingen da sehr wohl nachgehen, auf den Zahn fühlen und auch sagen, dass diese Menschen zum Beispiel in die Gruppe 1 der Priorisierung mit hineinkommen müssen. Ansonsten werden wir an der Entscheidung der Bundesregierung, die sich an der STIKO orientiert, festhalten.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Frau Merk, ich habe jetzt gerade die Website aufgemacht. Die Informationen in Leichter Sprache, die ich finde, sind zur Achten Infektionsschutzmaßnahmenverordnung hinsichtlich Corona in Bayern. – Wir sind jetzt bei der vierten Änderung der Elften Verordnung. Halten Sie das für annähernd gleichwertig aktuell? Welche ist Ihrer Meinung nach die letzte in Gebärdensprache eingestellte Information? Wie aktuell ist diese? Wie sollen sich Menschen, die gehörlos sind und mit Gebärdensprache kommunizieren, beim Impfen aktuell durch die ärztliche Aufklärungspflicht durchkämpfen?

Dr. Beate Merk (CSU): Ich kann Ihnen sagen, dass die wesentlichen Rechtsgrundlagen und die relevanten FAQs mit Bezug zur Corona-Pandemie sowie Informationen vom Ministerium fortwährend in Leichte Sprache und in Deutsche Gebärdensprache übersetzt und strukturiert veröffentlicht werden. Das ist das, was das Ministerium tut. Der Minister hat sehr deutlich gesagt, dass diese Informations- und Motivationskampagne auch weitergehen wird. Sie wird natürlich auch die Menschen umfassen, die Gesundheits- bzw. Hörprobleme haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Merk. – Für die SPD-Fraktion ist die nächste Rednerin Frau Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Aus der Zwischenbemerkung hört man heraus, dass die Realität eben doch nicht immer mit dem übereinstimmt, was Ihnen jemand aus dem Ministerium auf den Zettel schreibt. Das ist ja offenbar die Realität, wenn man versucht, diese Informationen von der eigentlich zuständigen Stelle zu bekommen. Das sollte doch wirklich bedenklich stimmen.

Damit die Impfungen möglichst reibungslos klappen, kommen wir jetzt zu einem weiteren Kapitel aus dem Buch "Hausaufgaben machen". Dazu gehört natürlich eindeutig die Erkenntnis, dass es Menschen mit Einschränkungen gibt, die zu den gefährdeten und prioritären Gruppen gehören.

Zu der Priorisierung von Menschen mit Behinderung und deren Bezugspersonen, die die FDP in ihrem Antrag anspricht, haben wir selber auch schon entsprechende Anträge gestellt. An dieser Stelle unterstützen wir Ihren Antrag. Man muss allerdings sagen, dass die höhere Priorisierung natürlich auch erst dann eine Rolle spielt, wenn genügend Impfstoff da ist. Vorher ist es eigentlich egal, ob man in der höchsten oder in der zweithöchsten Gruppe ist.

Frau Merk, Sie haben gerade gesagt, wir sollten doch alle an einem Strang ziehen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Sie haben aber auch gleich gesagt, dass alle Vorschläge, die nicht von Ihnen kommen, grundsätzlich abgelehnt werden. Ich finde, das passt an dieser Stelle nun wirklich überhaupt nicht zusammen.

Der Text unseres Antrags lautet:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Prozess der COVID-19-Impfungen barrierefrei zu gestalten, um Älteren und Menschen mit körperlichen oder kognitiven Einschränkungen oder Behinderungen den Zugang zu ermöglichen. Hierzu gehören barrierefreie Informationen, der Abbau von Barrieren bei der Terminvergabe sowie die räumliche Barrierefreiheit vor Ort in den Impfzentren.

Ich weiß überhaupt nicht, was man dagegen eigentlich sagen kann. Wenn Sie dazu aufgefordert werden und sagen, dass Sie das auch wollen und auch gut finden, dann können Sie doch problemlos zustimmen und sagen: Gut, dass die SPD uns hier auch noch weitere möglichst konkrete Aspekte mit an die Hand gibt. Zum Beispiel sind allein schon die Anmeldungen und Einladungen barrierefrei zu gestalten. Im Terminvergabeportal kann man derzeit nicht anklicken, dass man zum Beispiel gehbehindert oder sonst wie mobilitätseingeschränkt ist. Woher wollen Sie denn dann wissen, was

geeignet ist, um mit diesen Menschen Kontakt aufzunehmen, wenn man das gar nicht angeben kann?

Wir brauchen natürlich barrierefreie Verkehrsanbindungen und Assistenzpersonen. Übrigens sollen auch Assistenzhunde den Zugang zu den Impfzentren ermöglicht bekommen. Wir brauchen rollstuhlgerechte Zugänge, Toiletten, Sitzgelegenheiten, Bodenleitsysteme und -beschriftungen, Dolmetscherinnen und Dolmetscher. All das ist ja kein Hexenwerk, sondern das sind Hinweise, die uns der Behindertenbeirat auf Bundesebene mit auf den Weg gibt.

Man sieht daran übrigens, wozu so ein Behindertenbeirat tatsächlich gut sein kann. Es würde uns offensichtlich auch richtig guttun, so etwas in Bayern zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Antrag der CSU muss ich sagen, dass er sich im Wesentlichen darauf beschränkt, dass der Landtag die Pläne der Staatsregierung für eine wirksame Aufklärungs- und Transparenzkampagne begrüßen soll. – Wir kennen Ihre Pläne aber nicht. Deswegen können wir sie auch nicht begrüßen. Es ist schön zu hören, dass es offensichtlich Pläne gibt. Wir hoffen, dass sie gut sind. Es wäre aber schon ganz gut, wenn Sie diese Pläne nicht so geheim halten würden, sondern uns sagen würden, was denn jetzt wann genau kommen wird, wann wer mit welchen Informationen rechnen kann. Wir lassen uns dann gerne darauf ein.

Der letzte Punkt, den Sie noch bringen: Auf Bundesebene sollen Taxis bezahlt werden, die immobile Personen in Impfzentren bringen. Ich dachte, dafür kommen jetzt diese Impfbusse. Was ist denn eigentlich mit denen? Auch hier geht es Ihnen nur darum, dass jemand anderes die Kosten übernehmen soll. Das ist noch kein überzeugendes Konzept für Barrierefreiheit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Andreas Winhart das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier heute gleich ein ganzes Sammelsurium an Dringlichkeitsanträgen mit dem Ziel, die Impfbereitschaft in Bayern zu erhöhen, zu diskutieren. Der Aktivismus und das gegenseitige Sich-Überbieten zeigen, dass es sich hier eher nicht um den Willen der Bevölkerung, sondern eher um wechselseitiges Imponiergehabe handelt.

Dass die Bereitschaft zur Impfung in Bayern nicht besonders hoch ist, verrät Ihnen eine einfache Google-Recherche. Die Medien sind voll mit Beiträgen zum Thema Impfung. An der Verteilung – ein Drittel Bereitschaft, ein Drittel abwartende Haltung und ein Drittel Ablehnung – hat sich in den letzten Wochen kaum etwas geändert.

Die Frage, wie viele dazu bereit sind, sich impfen zu lassen, ist im Moment auch nicht wirklich die entscheidende Frage, denn das Chaos, welches die Staatsregierung bei der operativen Umsetzung angerichtet hat, beinhaltet, dass Impfstoffe im Moment gar nicht verfügbar sind. Daher wird diese Diskussion im Moment fernab jeglicher Realität geführt.

Wir stehen auf dem Standpunkt, die Impfung ist ein sehr persönlicher Vorgang, bei dem keinerlei Druck ausgeübt werden darf. Ich erinnere an dieser Stelle nochmals an die Anhörung des Gesundheitsausschusses zur Masernimpfung im Oktober 2019. Die Experten haben sich klar geäußert, dass bei Impfungen jeglicher Zwang und Druck von der Bevölkerung mit Ablehnung quittiert wird. Ihre überzogene Diskussion über Privilegien für Geimpfte, Zwangsimpfungen für Pflegende oder die heutige Propagandakampagne zur Impfung sind mehr als kontraproduktiv.

Der Antrag der GRÜNEN zeigt beispielhaft, dass die Dringlichkeitsanträge eher eine politische Dimension haben. In der Kampagne geht es im Kern darum, dass diejenigen Informationen, welche den GRÜNEN nicht ins Konzept passen, als Fake News abgetan werden und von staatlicher Seite bekämpft werden sollen. Wie die Kanzlerin, die nur noch linientreue Experten einlädt, so wollen jetzt die GRÜNEN die Meinungs- und die Wissenschaftsfreiheit einschränken; sie definieren alles, was gegen Impfungen veröffentlicht wird, als Fake News.

Entlarvend ist auch der Dringlichkeitsantrag der FDP. Bestätigt der Antrag anfangs noch die hohe Impfbereitschaft, so findet man wenige Spiegelstriche später die Forderung nach Impfaufklärungsteams, die "v.a. zu einer erhöhten Impfbereitschaft beim pflegerischen und medizinischen Personal genutzt werden können". – Ja was denn jetzt? Gibt es eine hohe Impfbereitschaft oder nicht? – Ich sage Ihnen ganz klar: Im Moment gibt es sie nicht, und schon gar nicht beim pflegerischen Personal!

Wer den Kontakt zu den Bürgern und vor allem zum Pflegepersonal noch nicht ganz verloren hat, der weiß, dass viele im Gesundheitssektor den Corona-Impfungen aus voller Überzeugung heraus sehr kritisch gegenüberstehen. Ich habe mich in den letzten Wochen mit vielen dieser Menschen unterhalten. In zahlreichen Kliniken in Bayern sind beim Pflegepersonal Impfquoten von unter 30 % leider Realität.

Die Pflegekräfte hatten in den vergangenen Monaten oftmals Kontakt zu Corona-Infizierten und haben gesehen, wie schlimm diese Krankheit zum Teil verlaufen kann. Trotzdem wollen sich die Pflegerinnen und Pfleger in Bayern aber nicht impfen lassen. Wir sollten ihnen die Freiheit dazu gewähren.

Was die Pflegerinnen und Pfleger, aber auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger beunruhigt, sind beispielsweise die Meldungen aus Norwegen, wo man die Impfstrategie nach mehreren Todesfällen geändert hat, da die Nebenwirkungen offensichtlich nicht ganz zu vernachlässigen sind. Was Menschen beunruhigt, sind die Meldungen aus den Landkreisen Miesbach und Lichtenfels, wo der Verdacht besteht, dass Impfungen

schwere, teils letale Folgen hatten. Dafür bräuchte es mehr Transparenz und Aufklärung.

Entscheidend beim Thema Impfung sollte unserer Meinung nach der ärztliche Rat sein, am besten durch den Hausarzt, der den Patienten ausreichend kennt, ihn in angemessener Zeit untersuchen kann und dann seinen ärztlichen Rat pro oder contra Impfung geben kann; eine tiefgründige Untersuchung, welche im Massenbetrieb Impfzentrum, in dem man in wenigen Minuten durchgeschleust wird, unserer Meinung nach sicher nicht erfolgen kann. Die vorliegenden Dringlichkeitsanträge sind daher aus unserer Sicht abzulehnen. – Ich wünsche einen schönen Abend.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Januar 2020, vor einem Jahr, gab es den ersten bestätigten Corona-Patienten in Deutschland. Ein Jahr ist nun vorbei, in dem gerade auch auf dem Thema Impfungen so viele Hoffnungen liegen. Ich kann für unsere Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER nur wiederholen: Eine Corona-Impfung muss freiwillig bleiben. Impfungen müssen nun zügig ausgeweitet werden. Lieferengpässe, fehlendes Material und andere Verzögerungen werfen ein miserables Bild auf die Koalition in Berlin und auch auf die EU.

Der Antrag der GRÜNEN stellt die Wichtigkeit der Impfungen dar. Das wissen wir. Dass die Bayerische Staatsregierung für die Erhöhung der Impfbereitschaft eintritt, dürfte mittlerweile ebenfalls bekannt sein. Es braucht in der Tat viele Informationen und Aufklärung. Hier hat das Gesundheitsministerium bereits sehr viel entwickelt. Wir müssen die Terminvergabe, die Infrastruktur und die Kommunikation in Land und Bund noch deutlich optimieren. Auch in Bayern ist der Impfstart nicht ganz reibungslos vonstattengegangen. Wir aus Bayern haben die Botschaft formuliert. Auch die Priori-

sierungen werden nun von der FDP kritisiert. Wir haben nun einmal noch nicht genug Impfstoff.

(Zuruf)

Eine Priorisierung musste erfolgen. Das haben Fachleute so entschieden. Ich nenne da nur die STIKO. Es wird an jeder Variante immer irgendwas zu meckern geben. Dessen bin ich mir sicher.

Wir wollen in Bayern aber weiter aktiv unterstützen. Deshalb werden wir mit unserem Antrag, dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU, zum Thema Impfungen die tatsächlich in Kürze realisierbaren Möglichkeiten in Bayern noch weiter anpassen, damit Impfungen besser möglich sind. Es sind entscheidende Beiträge zur Eindämmung der Pandemie mit der Folge, perspektivisch auch wieder lockern zu können. Das haben wir vorhin am Rande der Regierungserklärung ganz deutlich gesagt. Ziel muss es sein, dem Impfwunsch vieler Menschen nachzukommen und schnellstmöglich entsprechende Impfangebote machen zu können. Wir brauchen aber zuallererst genug sicheren Impfstoff. Daher wollen wir, dass sich Bayern auf Bundesebene weiterhin dafür starkmacht, dass so viel Corona-Impfstoff wie möglich nach Bayern geliefert wird mit dem klaren Ziel, dass spätestens bis Oktober 2021 jeder, der das wirklich möchte, auch geimpft werden kann. Ziel muss es sein, dass niedergelassene Ärzte und Betriebsärzte gegen Corona impfen können. Hier sehe ich den direkten Ansprechpartner zum Beispiel für Menschen mit Behinderungen. Hier erfolgt Information im vertrauten, im bekannten Bereich.

Inklusion ist mir persönlich seit Jahren eine Herzensangelegenheit, auch Grundlage meiner politischen Arbeit. Aber gerade hier müssen wir zwischen Wunsch und Realität tatsächlich unterscheiden. Ziel muss es sein, mehr Information, mehr Aufklärung und mehr Überzeugung liefern zu können. Die von Ihnen geforderten Gebärdensprachdolmetscher für jedes Impfzentrum – bei allem Respekt, die haben wir nicht. Die gibt es in Bayern noch nicht mal. Ich sage ja: Wunsch und Realität. Natürlich möchte ich eine

absolut inklusive Gesellschaft. Aber wir müssen doch schauen, was wir im Moment tatsächlich leisten können.

Fahrten zur Impfung mit dem Taxi für immobile Personen sicherzustellen – das kann man machen: Dass blinde Menschen, Menschen mit schweren Mobilitätseinschränkungen mit dem Taxi hingebacht werden, das kann man machen. Das können wir jetzt leisten. Das steht in unserem gemeinsamen Antrag. Das sind keine Hirngespinnste. Ziel muss es sein, dass weitere Angebote wie Impfrucks, die das Angebot in die Fläche bringen, etabliert werden. Aktuell finden die Impfungen flächendeckend in den hundert Impfzentren und über mobile Impfteams statt.

Ziel – unser Ziel zumindest – ist es, Corona zu besiegen. Da sind wir mit unserem Antrag von FREIEN WÄHLERN und CSU auf dem richtigen Weg. Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN und die weiteren Nachzieher lehnen wir deshalb ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrophon, Frau Enders. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Celina, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Frau Enders, Sie haben völlig zu Recht gesagt, dass nicht an jedem Impfzentrum in Bayern durchgehend ein Gebärdensprachdolmetscher sein kann. Das ist mir vollkommen klar. Darum geht es aber auch nicht. Es geht darum, dass von vornherein nicht mitgedacht wurde, wie Menschen, die in Gebärdensprache kommunizieren, zum Beispiel die ärztliche Aufklärung im Impfzentrum bekommen können. Wenn sie sich anmelden, kann im Augenblick nicht mal ein gebärdendes Ehepaar mit einem gemeinsamen Impftermin rechnen, sondern jeder bekommt seinen eigenen Termin an seine eigene E-Mail-Adresse zugeschickt. Das heißt, die könnten nicht mal zusammen mit einem Gebärdensprachdolmetscher kommen. Ich würde mir als Information von der Staatsregierung erhoffen, dass da steht: "Gebärdensprachdolmetscher werden von Ihrer Krankenkasse bezahlt" oder "Gebärdensprachdolmetscher

werden nicht von Ihrer Krankenkasse bezahlt." Oder da sollte stehen: "Fragen Sie bei Ihrer Krankenkasse nach." Es fehlt dieses grundsätzliche Mitdenken von oben herab, welche Probleme für gebärdende Menschen auftreten könnten. Das ist Aufgabe der Staatsregierung. Die Landratsämter setzen das dann um. Aber ich glaube, dass jedes einzelne Impfzentrum, in dem auf einmal ein Gebärdensprachler steht und dann mit den Ärzten vor Ort die Aufklärung durchführen soll, völlig vor den Kopf gestoßen ist, weil die überhaupt nicht wissen, was auf sie zukommt. Das ist Aufgabe der Staatsregierung, das von oben herab zu regeln.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit, Frau Celina!

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Frau Celina, lange Rede, kurzer Sinn: Sie fordern, dass für jedes Impfzentrum ein Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung steht. Das ist Inhalt Ihres Antrags.

(Zuruf)

Das können wir einfach noch nicht realisieren. Das geht nicht. Noch mal: Sie wissen, dass wir uns als Teil der Regierungskoalition gerade, wenn es um Menschen mit Hörbehinderung geht, aktiv einsetzen, um weitere Forderungen durchzubringen. Ich sage nur "Gehörlosengeld". Das wäre auch eine wichtige Geschichte. Wir bleiben dran; wir sind dran. Es ist nicht von oben herab nicht mitgedacht worden; aber wir müssen die realistischen Möglichkeiten als Erstes sehen. Als Opposition kann man alles fordern. Als Regierung muss man schauen: Was haben wir zur Verfügung? Wie können wir es einsetzen? – Da ist der kleine Unterschied. Tut mir selber leid; aber im Moment geht es nun mal noch nicht anders.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Enders. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Holetschek das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Celina, ich hoffe, dass Sie auf Ihrer Homepage alles schon in Leichter Sprache haben. Das ist nämlich ein wichtiges Thema, das mir als früherer Bürgerbeauftragter noch sehr am Herzen liegt. Deswegen bin ich mit dem Herrn Kiesel, unserem Behindertenbeauftragten, immer im Austausch. Natürlich haben wir darauf geachtet, dass das Thema Barrierefreiheit auch bei den Impfzentren und bei anderen Themen bei der Ausschreibung berücksichtigt wird. Natürlich werden wir das Thema weiterhin mit einem besonderen Augenmerk versehen. Es ändert aber nichts daran, dass dieses Gesamtthema immer davon abhängt, wie wir mit dem Impfstoff vorankommen. Ich habe heute noch mal sehr deutlich beschrieben, dass ich da unzufrieden bin. Das geht dann auch hinein in die Frage der Priorisierung und die Frage, was wir in der Zukunft machen. Deswegen eine eigene Impfkommission, Herr Kollege Spitzer, weil wir damit auch Härtefälle aufgreifen können. Auch da gibt es viele Fragen in Bezug auf Behinderte und aus anderen Bereichen, die an uns herangetragen werden. Sie dürfen versichert sein, dass dieses Thema einen Stellenwert hat und dass wir dort, wo wir noch nachbessern können, dies auch tun wollen.

Ich bitte aber auch zu berücksichtigen, dass dieser Prozess insgesamt eine große Herausforderung ist. Das soll keine Entschuldigung sein, sondern das bedeutet, dass wir versuchen, auf allen Kanälen zu kommunizieren. Jeder ruft nach Digitalisierung. Dann richtest du ein wirklich nicht einfaches Digitalisierungsportal ein. Dann sagen die Leute: Aber nicht zu viel Digitalisierung! – Dann gehen wir rüber und versuchen, im Analogen nachzuschärfen, was aus meiner Sicht richtig ist, weil ich das in meinem privaten Umfeld auch erlebe: Meine Mutter ist 89 Jahre alt. Wenn die ein Schreiben von einer Behörde bekommt, dann sagt die erst mal zu mir: Bua, was wollen die eigentlich von mir? – Dann versuche ich, das ein bisschen zu dolmetschen. Das sind grundsätzliche Probleme, um ehrlich zu sein. Das hat mich schon als Bürgerbeauftragter immer bewegt, dass wir manchmal in einer Sprache kommunizieren, wo uns die Leute draußen nicht mehr verstehen. Das müssen wir mal gesamtgesellschaftlich angehen. Diese Probleme werden da auch sichtbar.

Ich kann Ihnen versichern: Dort, wo wir etwas tun können, tun wir es! Schicken Sie mir noch einmal konkret die angesprochenen Dinge zu. Ich sehe mir nachher Ihre Homepage an, und dann gleichen wir das miteinander ab. Wir wollen gemeinsam im Sinne der Menschen, die es brauchen, gut sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/12461 betreffend "Impfbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger nicht länger ausbremsen – inklusive Aufklärungskampagne starten!" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordneten Plenk. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/12485 betreffend "Impfpriorisierung anpassen und gezielte Impfkampagne auflegen" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordneten Plenk. Stimmenthaltungen! – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/12486 betreffend "Kampf gegen Corona: Impfstoffversorgung sicherstellen / Impfbereitschaft steigern / Intensivierung der Impfkampagne zu COVID-19 und aufsuchende Impfberatung in Pflegeheimen" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Gegenstimmen! – Die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abge-

ordnete Plenk. Stimmenthaltungen! – Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/12487 betreffend "Corona-Impfungen barrierefrei ermöglichen" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.